



11.08.2026

„Inklusives Katastrophenmanagement in Berlin“ – Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderungen legt 15. Verstößebericht vor

Heute hat die **Senatorin für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung, Cansel Kiziltepe**, dem Senat den 15. Verstößebericht der **Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen, Christine Braunert-Rümenapf**, zur Kenntnis vorgelegt. Der Bericht befasst sich mit dem Thema „Inklusives Katastrophenmanagement in Berlin“. Der Bericht wird nun dem Abgeordnetenhaus zur Besprechung übersandt.

In ihrem Bericht befasst sich die Landesbeauftragte mit der Situation von Menschen mit Behinderungen während des Stromausfalls im Bezirk Steglitz-Zehlendorf im Januar 2026 und gibt dem Senat Hinweise zur besseren Verwirklichung von Artikel 11 der UN-Behindertenrechtskonvention, also zur Erfüllung der Pflicht, den Schutz und die Sicherheit von Menschen mit Behinderungen auch in Gefahrensituationen und humanitären Notlagen zu gewährleisten.

Auf Basis von schriftlichen Unterlagen und Hintergrundgesprächen stellt die Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderungen fest, dass die Berücksichtigung der Belange von Menschen mit Behinderungen durch behördliche Strukturen deutliche Defizite aufweist. Sie benennt vier Problembereiche:

1. die Barrierefreiheit von Informationen,
2. die Ausgestaltung der Notunterkünfte, Katastrophenschutzleuchttürme und -informationspunkte,
3. die systematische Berücksichtigung gemeinschaftlicher Wohnformen sowie
4. die Auffindbarkeit und Versorgung von Menschen mit Behinderungen in Privatwohnungen.

In ihrem Verstößebericht bemängelt die Landesbeauftragte auch die fehlende systematische Berücksichtigung der Rechte von Menschen mit Behinderungen bei der Aufarbeitung der Großschadenslage durch den Senat. Sie formuliert eine Reihe von Empfehlungen zur besseren Berücksichtigung dieser Rechte im inklusiven Katastrophenmanagement, die sich sowohl an den Senat als auch an die Bezirke richten, unter anderem Vorschläge zur Nachbesserung des senatsseitig beschlossenen Maßnahmenpakets.

Christine Braunert-Rümenapf: „Sowohl bei der Bewältigung als auch bei der Aufarbeitung der Großschadenslage sind deutliche Defizite zu erkennen. Der Aufbau eines inklusives

Katastrophenmanagements muss zu den prioritären Zielen in der nächsten Legislatur gehören. Dabei sind die Menschen mit Behinderungen als Expertinnen und Experten in eigener Sache systematisch einzubeziehen.“

Ansprechpartnerin: Frau Miriam Grünz

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung

E-Mail: lfb@senasgiva.berlin.de

Tel.: 030 9028 2918